

Die Versammlung der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover.

Am 19. September hat zu Hannover eine Provinzialversammlung der Mitglieder der nationalliberalen Partei stattgefunden. Die bedeutendste der gehaltenen Reden war die des Herrn von Bennigsen. Dieselbe beweist, daß der Führer der nationalliberalen Partei mit den vor acht Tagen gegebenen Ausführungen der »Provinzial-Correspondenz« sich in wesentlicher Uebereinstimmung befindet.

Die »National-Zeitung« hatte sich gegen den Artikel der »Provinzial-Correspondenz« über »den Gegensatz von liberal und konservativ in Deutschland« gewendet. Dieser Artikel war gegen einen Artikel der »National-Zeitung« über die Unmöglichkeit des Zusammenwirkens von Konservativen und Liberalen gerichtet. Aber der Artikel wendete sich nicht an die von der »National-Zeitung« vertretene Gruppe, sondern an die Nationalliberalen, um den letzteren eine Verständigung mit den National-Konservativen an das Herz zu legen: eine Verständigung, aber nicht eine Abdankung als selbständige politische Partei, was die »National-Zeitung« unrichtig als den Sinn der bezüglichen Ausführung angegeben hat. Die »National-Zeitung« findet in dem Artikel der »Provinzial-Correspondenz« »wenig substantiellen Inhalt« und kann nicht »einsehen, was diese Auslassung bezwecken kann.« Sie bleibt dabei, daß konservativ und liberal Gegensätze seien, von denen der eine weichen muß, wo der andere sich geltend macht. Die »National-Zeitung« verschweigt aber ihren Lesern den Ausgangspunkt der »Provinzial-Correspondenz«. Dieser war und ist nämlich, daß bei der Zersplitterung des Parteilebens in Deutschland und bei der nicht wegzuleugnenden Thatsache, daß eine Reihe der bestehenden Gegensätze sich nicht innerlich mit einander ausgleichen, sondern nur durch die stärkere Hand des Gemeinwesens in den Schranken des nationalen Zusammenlebens gehalten werden können, den nationalgesinnten Parteien das patriotische Gewissen, wenn dessen Stimme gehört wird, unabweißbar vorschreiben muß, »sich nur über sachlich ganz unabweißbare Differenzen zu trennen.« Bei den deutschen Parteiverhältnissen ist wenig Aussicht gegeben, daß eine der vorhandenen, sich immer noch weiter spaltenden Parteien in den großen Vertretungskörpern die Mehrheit für sich erlangen werde. Wenn also nicht einmal diejenigen Parteien zum positiven Zusammenwirken gelangen würden, welche darin einig sind, daß vor Allem der nationale Gedanke der Pflege und praktischen Sicherung in der Fortbildung unserer Institutionen und Gesetze bedürfe, wie sollte dann eine positiv wirkende Mehrheit jemals zu Stande gebracht werden können? Die jetzt gebildete Gruppe, die sich noch keinen Namen gegeben, wird bei dem, laut ihres Programms verfolgten Streben, die Regierung in Abhängigkeit von den Parlamenten zu bringen, den Beistand aller Elemente der immerwährenden Opposition finden. Aber es ist nicht daran zu denken, aus dieser Opposition auch nur vorübergehend eine positiv arbeitende Majorität zu gewinnen.

Wenn die »National-Zeitung« also nicht weiß, was die Auslassung der »Provinzial-Correspondenz« bezweckt hat, so möge wiederholt werden, was für andere Leser wohl deutlich genug gesagt war: daß die »Provinzial-Correspondenz« an die Pflicht der nationalen Konservativen und Liberalen erinnern wollte, ungeachtet ihrer Differenzen auf die Bildung einer positiv arbeitenden Majorität Bedacht zu nehmen. Diese Erinnerung ist durch die allseitig zugestandene Thatsache gerechtfertigt, daß für die Bildung einer solchen Majorität aus anderen Elementen keine Aussicht vorhanden ist. Das Programm der Sezessionisten, sowie die Ausführungen ihrer Blätter, gestehen dies überall zu, indem sie die Wähler zur Schaffung einer die Unterschiede des Liberalismus auslöschenden großen liberalen Partei auffordern. Dem gegenüber hat kürzlich eine Versammlung der Fortschrittspartei in Königsberg sich dahin ausgesprochen: es komme nicht auf die Schaffung einer großen liberalen Partei, sondern nur einer liberalen parlamentarischen Mehrheit an, welche ja aus den verschiedensten Gruppen sich zusammensetzen

könne. Welchen Gruppen dann aber die Führung zuzufallen pflegt, darüber giebt die Geschichte hinlänglichen Aufschluß.

Aus der Rede des Herrn von Bennigsen sind namentlich die Schlusstellen beachtenswerth, welche nach der gleichlautenden Mittheilung verschiedener Blätter hier folgen.

..... »Die Sezession ist vornehmlich erfolgt in den alten preussischen Provinzen, woselbst man noch immer unter dem Einfluß der Konfliktperiode steht. Man betrachtet dort die konservative Partei noch genau so wie vor 15 Jahren. Sollte die Sezession erfolgt sein provinzieller Anschauungen oder provinzieller wirtschaftlicher Interessen wegen, dann dürfte dieselbe allerdings — ich spreche dies aus, ohne den ausgeschiedenen Männern zu nahe zu treten — für die liberale Sache gefährlich werden. Im Laufe der Zeiten erhalten ja politische Parteien eine andere Gestalt. Was wir zur Zeit des National-Vereins als ein in weiter Zukunft liegendes Ideal bezeichneten, die einheitliche Gestaltung Deutschlands, die Aufhebung des alten Bundestages und ein freiheitliches deutsches parlamentarisches Regime, ist längst zur Wahrheit geworden. Durch Kompromisse der gemäßigten liberalen und der gemäßigten konservativen Partei ist es möglich geworden, diejenigen Einrichtungen zu schaffen, deren wir uns seit 1866 in Deutschland erfreuen. Im Uebrigen sind aber die Grundanschauungen der gemäßigten Konservativen von denen der gemäßigten Liberalen so verschieden, daß an eine Verschmelzung dieser beiden Parteien nicht gedacht werden kann. So lange aber eine praktische politische Partei nicht die Mehrheit in der parlamentarischen Körperschaft besitzt, muß sie, wo es geht, zu Kompromissen die Hand bieten. Die Sezessionisten sind fast ausschließlich in den sechs alten Provinzen vertreten. In diesen ist es nicht bekannt, welche Kämpfe wir vor 1866 durchzumachen hatten. Dem Fürsten-Reichskanzler ist es damals gelungen, unsere Ideale mit einem Schlage zu verwirklichen, wiederholt den Frieden zu wahren, Deutschland eine achtunggebietende Stellung unter den Völkern der Erde zu verschaffen; wenn wir nun an der Tradition und Geschichte, die sich an diesen Mann knüpft, festhalten, den Mann achten und ehren, so geben wir damit unsere selbständige Stellung als liberale Partei noch in keiner Weise auf. Es scheinen politische und wirtschaftliche Eigenheiten zu sein, die die treibende Kraft in der Sezession bilden. Dies ist sehr gefährlich. Solche Zustände müssen einem festgefügten Einheitsstaat verderblich sein, das föderative Deutsche Reich aber sicher in den Abgrund führen. Ist dies der Fall, sind wirklich solche partikularistische auseinanderreibende Tendenzen vorherrschend, so sollte die liberale Partei, die die Reichseinheit auf ihre Fahne geschrieben, in erster Linie sich hüten, sie in ihre eigenen Glieder dringen zu lassen; sie sollte nicht eher den Schutz einer geschlossenen Partei aufgeben, ehe sie nicht etwas Anderes, eben so Tüchtiges an ihre Stelle setzen kann. Die Sezessionisten können heute noch nicht übersehen, wie weit sie getrieben werden. Die Fortschrittspartei ist sichtlich bemüht, sie in immer weitere Opposition zu drängen, und hält ihren rechten Flügel zum Anschluß offen. Ob es ihr gelingen wird, aus der Sezession eine Kräftigung der eigenen Partei erwirken, ist noch nicht abzusehen. Ausgesprochen haben die Sezessionisten ihre Bereitwilligkeit zum Anschluß an die Fortschrittspartei noch nicht; das ist aber sicher: der Weg, den sie beschritten, kann, wider ihren eigenen, ursprünglichen Willen dorthin führen. Einen Grund hierfür haben die Sezessionisten nicht. Wir haben in kurzer Zeit erreicht, was der jugendlichste Idealist noch erst in weiter Ferne erreichbar dachte. Ich behaupte, daß das, was das Programm der Nationalliberalen vereinst wünschte, im Wesentlichen heute erreicht ist. Freilich konnte dies nicht ohne Verständigung mit der Regierung und anderen Parteien geschehen. Mit dem herrschenden Staatsmann hat die nationalliberale Partei kompromittiren müssen und muß sie auch heute noch kompromittiren. Die historische Stellung, die sich Fürst Bismarck erworben, bedeutet eine Macht, die man nicht außer Acht lassen kann. Etwas Thörichteres als das unfruchtbare Ankämpfen der Fortschrittspartei wider diese historische Machtstellung des Kanzlers giebt es nicht. Ist es falsch gewesen,